

Die Verkehrsgewerkschaft GDBA fordert für die Beamten des Bundes, einschließlich der Versorgungsempfänger, den Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes umzusetzen. Beamte und Versorgungsempfänger haben einen gesetzlichen Anspruch auf eine Anpassung der Besoldung und Versorgung an die allgemeine Einkommensentwicklung. Grundlage für die Besoldungsrunde 2008 bildet zunächst der Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst in Bund und Kommunen vom 31. März 2008.

Mit dieser Forderung hat sich der geschäftsführende Bundesvorstand der Verkehrsgewerkschaft GDBA unmittelbar an den Bundesinnenminister gewandt. Die Verkehrsgewerkschaft GDBA begrüßt die Zusage von Innenminister Wolfgang Schäuble zur Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich, die er unmittelbar

Übertragung des Tarifa Beamte und Pensionäre

nach den Tarifverhandlungen abgegeben hatte.

Auf dieser Basis fordert die Verkehrsgewerkschaft GDBA für Beamte sowie für Ver-

Der geschäftsführende Bundesvorstand erinnert daran, dass die Beamtinnen und Beamten des Bundes durch die Verlängerung

der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von zuletzt 40 auf grundsätzlich 41 Stunden seit dem 1.3.2006 sowie die seit 2006 erfolgten Kürzungen bei der Sonderzahlung bereits erheblich belastet

und benachteiligt wurden. Damit haben die Beamten und Versorgungsempfänger des Bundes einen erheblichen Beitrag zur

Haushaltskonsolidierung geleistet.

Die Verkehrsgewerkschaft GDBA besteht darauf, dass die Anpassung an die allgemeine Einkommensentwicklung für die Bundesbeamten nicht von der übrigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Bundes abweicht. Es ist unbegreiflich und unmotivierend, wenn Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in der gleichen Ver-

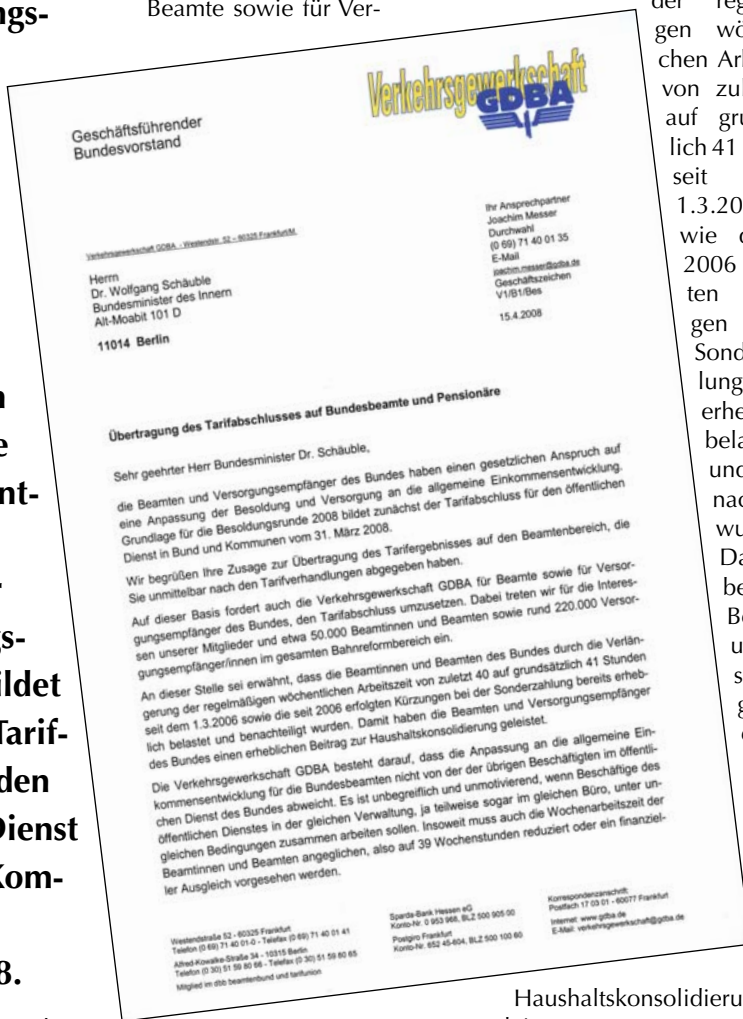
waltung, ja teilweise sogar im gleichen Büro, unter ungleichen Bedingungen zusammen arbeiten sollen. Insoweit muss auch die Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten angeglichen, also entsprechend reduziert oder ein finanzieller Ausgleich vorgesehen werden.

Die Verkehrsgewerkschaft GDBA erkennt nicht die Haushaltssituation des Bundes, die allerdings nicht von den Beamten und Beschäftigten, sondern von der Politik verursacht wurde. Jedenfalls wäre es nicht hinnehmbar, wenn Beamte hierzu

Der dbb Verhandlungsführer Frank Stöhr hat den Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen am 31. März 2008 in Potsdam als großen Erfolg der Gewerkschaften bezeichnet: „Heute ist ein guter Tag für den öffentlichen Dienst. Uns liegt ein Verhandlungsergebnis vor, das komplex ist, das Haken und Ösen hat, das aber vor allem ein großer Erfolg für die Kolleginnen und Kollegen ist.“

Nach monatelangen Verhandlungen, Warnstreiks und Schlichtung hätten beide Seiten einen tragfähigen Kompromiss gefunden. Die enge Zusammenarbeit von dbb und ver.di habe sich bewährt.

Stöhr: „Wir haben gemeinsam viel erreicht. Das Volumen stimmt. Die lineare Steigerung von bis zu 8,7 Prozent ist sehr, sehr ordentlich. Zusammen mit dem Sockelbetrag von 50 Euro wird hier strukturell etwas für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst getan. Die Einmalzahlung rundet die Sache für die unteren Entgeltgruppen ab.“



bschlusses auf gefordert

wiederholt einen Sonderbeitrag leisten müssten.

„Sehr geehrter Herr Dr. Schäuble, wir bitten Sie dafür zu sorgen, dass die geschilderten Benachteiligungen der Beamtenschaft aufgegeben werden und das gegenseitige Dienst- und Treueverhältnis nicht weiter einseitig belastet wird. Halten Sie Ihre Zusage ein“, so der geschäftsführende Bundesvorstand. Dazu ist es erforderlich, die notwendigen Anpassungen für die Beamtinnen und Beamten sowie für die Versorgungsempfängerinnen und Versor-

Es wäre nicht hinnehmbar, wenn Beamte wiederholt einen Sonderbeitrag leisten müssten.

gungsempfänger nunmehr umgehend gesetzestechnisch umzusetzen. j.m.

Ein guter Tag für den öffentlichen Dienst

Auch der erste Vorsitzende der dbb tarifunion forderte unmittelbar nach der Tarifeinigung eine umfassende Gleichbehandlung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Stöhr: „Mit dem Kompromiss von Potsdam ist noch lange nicht alles gut. Es gilt nun, dieses Er-

gebnis zu vollenden und die Gleichbehandlung der Beamtinnen und Beamten des Bundes sicherzustellen. Abschmelzungen oder Verzögerungen bei einer entsprechenden Regelung für den Beamtenbereich wären nicht nur ungerecht, sondern schlicht inakzeptabel.“



Weniger zahlen. Besser leben.



Wer sein Notwendiges spart, hat mehr Geld für die schönen Dinge des Lebens.

Mit den Massenebenen der LBN fällt Sparen nicht schwer: Laut **Finanzaspekt** 50/7 und **Capital** 11/04 gehört die Hausvorsorge ebenfalls zu den TOP 10 und auch die LBN-Unfallversicherung wird überaus günstig beurteilt.

LBN VVG
Luisenparkstr. 10
10585 Hannover
Tel. 0511 5401-1000
Fax 0511 541 52 12
www.lbn.de
E-Mail: info@lbn.de

Selbstverständlich können Sie jederzeit umgeschichten. Telefonieren, schreiben, unbefristeten Service und kompetente Beratung von uns erwarten.

Klicken Sie im Internet nach unten auf die Links an.



Mobilität die Freude macht Große Auswahl - Hausvorführung -

NEU Badewannenlift	Elektro-Scooter einfach zu bedienen, fahrscheinfrei wir nehmen Ihren Gebrauchten in Zahlung	Sehr zu empfehlen
Kassenmodelle	6 bis 15 km/h Ich fahre... (ohne PS)	
In 1 Minute zerlegt	in Schichtgeschwindigkeit auf dem Bürgersteig in Fußgängerzonen in Parkanlagen auf Radwegen ins Kaufhaus	NEU
Ratenzahlung ab 150 € möglich	Auf Straßen bis zu 15 km/h	Doppelsitzer
3-Rad und 4-Rad	WEILEDER Elektrofahrzeuge	Heizung ✓ Radio ✓ Tacho ✓ TÜV ✓

Welleder TECH GmbH
- Zentrale - Simpert-Kramer-Str. 26 - 87629 Füssen
bundesweiter Vorort-Service
Info-Zentrale Tel: 08362-919326 Fax: 919329
support@welleder-tech-gmbh.de
www.welleder-tech-gmbh.de

Auch Großhandel